

Herrn
Bundeskanzler Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

CSI-Deutschland
gemeinnützige GmbH
Lautensackstr. 7
80687 München
Tel. 089-589975-50
info@csi-de.de
www.csi-de.de

München, den 22.10.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

vor etwas mehr als einem Jahr fand unter den Augen der Weltöffentlichkeit in Bergkarabach die größte und zugleich vollständigste ethnische Säuberung der jüngeren Geschichte statt. Dabei vertrieb die aserbaidtschanische Armee rund 120.000 Karabach-Armenier, von denen noch exakt 14 in der Region verblieben sind. Gleichzeitig hält Aserbaidtschan bis heute mindestens 23 armenische Geiseln und zerstört aktiv armenisches Kulturgut in den eroberten Gebieten.

Die *International Association of Genocide Scholars* hat den Angriff Aserbaidtschans auf Bergkarabach und die neunmonatige Belagerung, die diesem vorausging, kürzlich als völkermörderische Verbrechen eingestuft. Der Internationale Gerichtshof entschied am 17. November 2023, dass Aserbaidtschan dafür sorgen muss, dass die Armenier aus Bergkarabach sicher, ungehindert und zügig zurückkehren können. Bis heute hat Aserbaidtschan nichts unternommen, um diese Anordnung zu erfüllen. Hinzu kommt, dass sich Aserbaidtschan gegenüber Armenien einer Kriegsrhetorik bedient. Aserbaidtschan hält Teile der Republik Armenien militärisch besetzt und verkündet, eine Politik von „Macht ist Recht“ zu verfolgen. Laut Transparency International ist Aserbaidtschan eines der korrumptesten Länder der Welt. Es gründet seine Stärke wesentlich auf der Förderung und dem Export von umweltschädlichen fossilen Brennstoffen.

Doch trotz all dem machen Russland, die USA und auch die EU weiter Geschäfte mit dem Regime von Ilham Alijew. Dass wenig Widerspruch kommt, hat Baku mit viel Geld im Westen vorbereitet. Zahlreiche Beobachter zeigen seit vielen Jahren die Einflussnahme aserbaidtschanischer Lobbyisten auf westliche Parlamentarier auf. Parallel versucht Aserbaidtschan das Image eines weltoffenen Landes aufzubauen. In nur wenigen Jahren richtete Baku internationale Großereignisse wie Formel-Eins-Rennen, die Europaspiele, den Eurovision Songcontest und in diesem November die UN-Weltklimakonferenz COP 29 aus. All das darf aber nicht über die schweren Menschen- und Völkerrechtsverstöße Aserbaidtschans hinwegtäuschen.

Herr Bundeskanzler, das Alijew-Regime hat erklärt, dass die COP 29 „die internationale Autorität und den Respekt“ Aserbaidtschans unterstreicht. Adeln Sie diesen Versuch, von den

Verbrechen des Regimes abzulenken, nicht durch Ihre Anwesenheit! Es würde Deutschlands Ansehen als Verfechter einer an den Menschenrechten orientierten, auf Regeln basierenden Weltordnung weiter mindern und Alijew und andere militaristische, ultranationalistische Diktatoren ermutigen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen, in dem Wissen, dass sie bei den politischen Eliten der westlichen Nationen weiterhin „salonfähig“ sein werden.

Die ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson hat im Vorfeld der COP 29 erklärt: „Wir sollten [Aserbaidshan] für seine eigene Menschenrechtsbilanz zur Rechenschaft ziehen“. Bislang haben wir nicht gesehen, dass die Bundesregierung dies tut.

Bitte setzen Sie daher jetzt ein Zeichen gegen die völkermörderische Vertreibung der Karabach-Armenier durch das Regime von Aserbaidshan und sehen Sie ab von einer persönlichen Teilnahme an der COP 29 Weltklimakonferenz in Baku!

Hochachtungsvoll,



Peter Fuchs
Geschäftsführer CSI-Deutschland